

Volks brechen und die Arbeit von Generationen zum Ausverkauf anbieten. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren.

In dieser Stunde höchster Gefahr müssen alle, denen dieses Land am Herzen liegt, aus patriotischer Verantwortung zusammenstehen.

Ich bekenne mich in diesem Brief noch einmal rück-

haltlos zu dem Appell »Für unser Land«, mit dem sich verantwortungsbewußte Persönlichkeiten an die Bürger unseres Landes gewandt haben.¹ Als Bürger der DDR werde ich auch in Zukunft meine ganze Kraft für meine Heimat einsetzen.

¹ Appell und Brief in diesem Heft S. 91.

Quelle: ADN vom 6. Dezember 1989.

Vorziehung des Außerordentlichen Parteitages

Berlin (ND). Der Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der SED ist durch die im Lande und in der Partei entstandene Situation zu der Entscheidung gelangt, den außerordentlichen Parteitag bereits für den Abend des 8. Dezember 1989 nach Berlin einzuberufen. Der Arbeitsausschuß wird einen Bericht über die Situation in der Partei und ihre Ursachen geben sowie Vorschläge für radikale, von der Basis ausgehende Neuformierung der SED zu einer modernen sozialistischen Partei, die dem demokratischen Sozialismus verpflichtet ist, unterbreiten.

Im Mittelpunkt der Diskussion sollen die nächsten Aufgaben der Partei stehen. Vorgeschlagen wird, auf dieser Sitzung des Parteitages Leitungsgre-

mien zu wählen, die die Handlungsfähigkeit der SED als gleichberechtigte Partei im Prozeß der Erneuerung der Gesellschaft gewährleisten. Der Parteitag muß den eindeutigen Bruch mit dem stalinistischen System und dem von ihm hervorgebrachten Machtmonopol und Machtmißbrauch vollziehen.

Über den Modus der Fortsetzung des Parteitages und den Zeitpunkt der Rechenschaftslegung des alten Zentralkomitees werden die Delegierten entscheiden.

Originaltitel: Außerordentlicher Parteitag beginnt schon an diesem Freitag. Eindeutiger Bruch mit dem stalinistischen System und Machtmonopol soll vollzogen werden.
Quelle: Neues Deutschland vom 7. Dezember 1989.

Erklärungen zur Deutschlandpolitik

Am 28. November trug Bundeskanzler Helmut Kohl dem Deutschen Bundestag ein Zehn-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik vor, das u. a. an die Regierungserklärung Hans Modrows anknüpft (vgl. Dokumentation in diesem Heft S. 122ff.). Am 10. Dezember einigte sich das SPD-Präsidium auf eine deutschlandpolitische Erklärung, die den Delegierten des SPD-Programmparteitages (er fand vom 18. bis 20. Dezember in West-Berlin statt) vorgelegt wurde. Auch dieser Text nimmt Bezug auf den von Hans Modrow ins Spiel gebrachten Begriff »Vertragsgemeinschaft«.
Die Redaktion

Helmut Kohl: Zehn-Punkte-Programm

... Den Weg zur Einheit können wir nicht vom »grünen Tisch« aus oder mit dem Terminkalender in der Hand planen. Abstrakte Modelle helfen nicht weiter. Aber wir können schon heute jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen. Ich möchte sie anhand eines Zehn-Punkte-Programms erläutern: Erstens: Zunächst sind Sofortmaßnahmen erforderlich, die sich aus den Ereignissen der letzten Wochen ergeben, insbesondere durch die Flucht-

bewegung und die neue Dimension des Reiseverkehrs.

Die Bundesregierung ist zu sofortiger konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. Wir werden im humanitären Bereich und bei der medizinischen Versorgung helfen, soweit dies gewünscht wird.

Wir wissen auch, daß das Begrüßungsgeld, das wir jedem Besucher aus der DDR einmal jährlich zah-

len, keine Lösung für die Finanzierung von Reisen sein kann. Letztlich muß die DDR selbst ihre Reisenden mit den nötigen Devisen ausstatten. Wir sind aber bereit, für eine Übergangszeit einen Betrag zu einem Devisenfonds zu leisten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der Mindestumtausch bei Reisen in die DDR entfällt, Einreisen in die DDR erheblich erleichtert werden und die DDR einen eigenen substantiellen Beitrag zu dem Fonds leistet. Unser Ziel ist ein möglichst ungehinderter Reiseverkehr in beide Richtungen.

Zweitens: Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommen. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit. Besonders wichtig ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes. Hier kann schon in Kürze über neue Projekte entschieden werden. Außerdem wollen wir daran mitwirken, daß das Telefonnetz der DDR rasch ausgebaut werden kann. Über den Ausbau der Eisenbahnstrecke Hannover-Berlin wird weiter verhandelt. Darüber hinaus sind Gespräche nötig über grundsätzliche Fragen der Linienführung in einem Europa offener Grenzen und der Anbindung des DDR-Verkehrsnetzes – vor allem im Blick auf die modernen Hochgeschwindigkeitszüge.

Drittens: Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. »Unumkehrbar« heißt für uns, daß sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf eine Verfassungsänderung und auf ein neues Wahlgesetz verständigt.

Wir unterstützen die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, auch nichtsozialistischer Parteien. Das Machtmonopol der SED muß aufgehoben werden. Die geforderte Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeutet vor allem auch die Abschaffung des politischen Strafrechts.

Wirtschaftliche Hilfe kann nur wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. Dies zeigen die Erfahrungen mit allen RGW-Staaten. Die bürokratische Planwirtschaft muß abgebaut werden. Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht. In Ungarn und

Polen gibt es bereits Beispiele dafür, an denen sich die DDR orientieren kann. Joint ventures wären unter dieser Voraussetzung sehr bald möglich. Es besteht schon jetzt große Bereitschaft dazu bei zahlreichen Unternehmen im In- und Ausland.

Dies sind alles keine Vorbedingungen, sondern sachliche Voraussetzungen, damit unsere Hilfe überhaupt greifen kann. Im übrigen kann kein Zweifel bestehen, daß die Menschen in der DDR eine Wirtschaftsordnung wollen, die ihnen auch wirtschaftliche Freiheit und damit Wohlstand gibt.

Viertens: Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer Vertragsgemeinschaft gesprochen. Wir sind bereit, diesen Gedanken aufzugreifen. Denn die Nähe und der besondere Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland erfordern ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern. Bereits bestehende gemeinsame Kommissionen können neue Aufgaben erhalten, weitere Kommissionen können gebildet werden. Ich denke dabei insbesondere an die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur. Es ist selbstverständlich, daß Berlin in diese Zusammenarbeit voll einbezogen wird.

Ich rufe alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen auf, an der Ausgestaltung einer solchen Vertragsgemeinschaft mitzuwirken.

Fünftens: Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, danach eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen. Das setzt zwingend eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR voraus.

Dabei könnten wir uns bald nach freien Wahlen folgende Institutionen vorstellen:

- einen gemeinsamen Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung,
 - gemeinsame Fachausschüsse,
 - ein gemeinsames parlamentarisches Gremium.
- Die bisherige Politik gegenüber der DDR mußte sich im wesentlichen auf kleine Schritte beschränken, die die Folgen der Teilung für die Menschen mildern und das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachhalten und schärfen sollten. Wenn uns künftig eine demokratisch legitimierte, das heißt frei gewählte Regierung als Partner gegenübersteht, dann eröffnen sich völlig neue Perspektiven. Stufenweise können neue Formen institutioneller

Zusammenarbeit entstehen und ausgeweitet werden. Ein solches Zusammenwachsen liegt in der Kontinuität der deutschen Geschichte. Staatliche Organisation in Deutschland hieß immer Konföderation und Föderation. Wir können uns auch jetzt wieder diese historischen Erfahrungen zunutze machen.

Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen – dessen bin ich sicher.

Sechstens: Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozeß und in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schrittmacherdienste geleistet.

Generalsekretär Gorbatschow und ich sprechen in unserer Gemeinsamen Erklärung vom Juni dieses Jahres von den Bauelementen eines ›gemeinsamen europäischen Hauses‹. Ich nenne beispielhaft:

- die uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates. Jeder Staat hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen;

- die uneingeschränkte Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts, insbesondere Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker,

- die Verwirklichung der Menschenrechte,
- die Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas.

Mit alledem wollen wir – so haben es Generalsekretär Gorbatschow und ich festgeschrieben – an die geschichtlich gewachsenen europäischen Traditionen anknüpfen und zur Überwindung der Trennung Europas beitragen.

Siebtens: Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen sie weiter stärken.

Die Europäische Gemeinschaft ist jetzt gefordert, mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zuzugehen. Dies haben die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten bei ihrem kürzlichen Treffen in Paris einmütig festgestellt.

Hierbei ist die DDR selbstverständlich eingeschlossen:

- Die Bundesregierung befürwortet deshalb den baldigen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR, das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt – auch in der Perspektive 1992 – erweitert und absichert.

- Wir können uns für die Zukunft bestimmte Formen der Assoziierung vorstellen, die die Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EG heranzuführen und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen.

Den Prozeß der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir als europäisches Anliegen. Er muß deshalb auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden. In diesem Sinne muß sich die Europäische Gemeinschaft für eine demokratische DDR und für andere demokratische Staaten Mittel- und Südosteuropas offenhalten. Die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muß die Offenheit auch nach Osten wahren.

Nur in diesem Sinne kann die EG Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden. Nur in diesem Sinne wahr, behauptet und entwickelt sie die Identität aller Europäer. Diese Identität ist nicht nur in der kulturellen Vielfalt Europas, sondern auch und vor allem in den Grundwerten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung begründet.

Soweit die Staaten Mittel- und Südosteuropas die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, würden wir es auch begrüßen, wenn sie dem Europarat – und insbesondere auch der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – beitreten.

Achtens: Der KSZE-Prozeß ist und bleibt Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur und muß energisch vorangetrieben werden. Dazu müssen die bevorstehenden KSZE-Foren genutzt werden:

- die Menschenrechtskonferenzen in Kopenhagen 1990 und Moskau 1991,

- die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn 1990,

- das Symposium über das kulturelle Erbe in Krakau 1991 und

- nicht zuletzt das nächste Folgetreffen in Helsinki. Dort sollten wir auch über neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachdenken. Wir können uns eine gemeinsame Institution zur Koordinierung der West-Ost-Wirtschaftszusammenarbeit sowie die Einrichtung eines gesamteuropäischen Umweltrates vorstellen.

Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordert weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten und deshalb möglicherweise beschleunigt werden.

Dies gilt im besonderen für die Wiener Verhandlungen.

gen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa und für die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen sowie für das weltweite Verbot chemischer Waffen. Dies erfordert auch, daß die Nuklearpotentiale der Großmächte auf das strategisch erforderliche Minimum reduziert werden. Das bevorstehende Treffen zwischen Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow bietet eine gute Gelegenheit, den laufenden Verhandlungen neue Schubkraft zu geben.

Wir bemühen uns – auch in zweiseitigen Gesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der DDR –, diesen Prozeß zu unterstützen.

Zehntens: Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung. Wir sind dankbar, daß wir in der Erklärung des Brüsseler Nato-Gipfels vom Mai dieses Jahres dafür erneut die Unterstützung unserer Verbündeten gefunden haben.

Wir sind uns bewußt, daß sich auf dem Weg zur deutschen Einheit besonders schwierige Fragen stellen, auf die wir heute noch nicht abschließend antworten können. Dazu gehört vor allem die Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa.

Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen – wie ich sie in zehn Punkten eben erläutert habe – ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und ein friedliches Zusammenleben in Europa garantiert.

Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens können wir die Teilung Europas und Deutschlands friedlich überwinden. Wir brauchen auf allen Seiten Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene Entwicklung stetig und friedlich verläuft.

Was diesen Prozeß stören könnte, sind nicht Reformen, sondern deren Verweigerung. Nicht Freiheit schafft Instabilität, sondern deren Unterdrückung. Jeder gelungene Reformschritt bedeutet für ganz Europa ein Mehr an Stabilität und einen Zugewinn an Freiheit und Sicherheit.

Nach dem von der Nachrichtenagentur AP vorab verbreiteten Redetext.

Originaltitel: »Von konföderativen Strukturen zu einer Föderation«. Die deutschlandpolitische Rede des Bundeskanzlers in der Bonner Haushaltsdebatte.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. November 1989.

Deutschlandpolitische Erklärung der SPD

I.

Auf deutschem Boden ist eine demokratische Revolution im Gange. Nach der Politik der Umgestaltung in der Sowjetunion erkämpften sich die Menschen in Polen, in Ungarn, in der ČSSR, in Bulgarien und in der DDR friedfertig und gewaltlos ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung. Friedfertig und gewaltlos haben sie die Mauer überwunden, die Öffnung der Grenze erzwungen und die unnatürliche Trennung der Menschen beendet.

Damit rückt die Erfüllung eines sozialdemokratischen Traumes näher: Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. In Deutschland und in Europa!

II.

Wir haben die Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946 und die Opfer nicht vergessen, die viele

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten damals bringen mußten. Unvergessen ist der politische Kampf der SPD, Chancen zur deutschen Einheit zu suchen und zu nutzen: nach der Stalin-Note 1952, vor dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO und mit dem Deutschlandplan von 1959.

Wir haben die Mauer nach ihrem Bau 1961 in zähem Ringen Schritt für Schritt durchlässiger gemacht, Erleichterungen für die Menschen erreicht, den Zusammenhalt der Nation gewahrt und gestärkt und Berlin (West) durch das Vier-Mächte-Abkommen aus der Krisenanfälligkeit befreit.

Wir haben die Frage der Nation im Grundlagenvertrag verankert und mit dem Brief zur Deutschen Einheit Anspruch und Hoffnung gewahrt, »auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«.

An diesem Ziel halten wir fest.